



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/82 - 11. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 2 | Der Bundeskanzler als kommissarischer Diktator? Von Dr. Adolf Arndt, MdB | 64 |
| 2a | Eine vergessene Einladung Warum keine Parlamentsdelegation nach Moskau? | 50 |
| 3 - 4 | Rußland bildet jährlich 200 000 Ingenieure aus Entscheidet sich der kalte Krieg im Hörsaal? | 57 |
| 4 - 5 | Friedrich Sieburgs schlechte Sache In der Nähe des "Rheinischen Merkur" gelandet | 56 |
| 6 - 7 | Eine nationale Schande Chirurgen müssen für herzkranken Kinder betteln | 56 |

* * * * *
* * *

Der Bundeskanzler als kommissarischer Diktator?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

In den Pariser Verträgen haben sich die drei Westmächte aus den Befugnissen, die sie selber sich als Besatzungsmächte zugelegt hatten, das Recht vorbehalten, im Falle eines Notstandes unbeschränkt die öffentliche Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben. Es ist eine ernste Frage, ob dieses ausserordentliche Vorbehaltsrecht der drei früheren Besatzungsmächte eine Ergänzung des Grundgesetzes notwendig machen kann, um jenes Vorbehaltsrecht fremder Mächte abzulösen. Jede Erwägung darüber, ob das Bonner Grundgesetz durch Vorschriften für den Fall eines Staatsnotstandes erweitert werden soll, wird trotzdem auf schwerste Bedenken stossen müssen. Äusserste Behutsamkeit ist hier geboten.

Diesem Ernst der Frage ist eine Abhandlung keineswegs angemessen, die Dr. Georg Flor, Regierungsrat im Bundesministerium für Verteidigung, im März-Heft des "Deutschen Verwaltungsblattes" unter dem Titel "Staatsnotstand und rechtliche Bindung" veröffentlichte. Flor wurde durch seine Angriffe auf das in der Verfassung verbürgte Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung bekannt.

Über das Bonner Grundgesetz, auf das er als Regierungsrat vereidigt ist, schreibt Flor: Eine Verfassung, die für den Staatsnotstand nur unzureichende Massnahmen vorsehe,

"lässt den verantwortlichen Organen im entscheidenden Augenblick keine andere Wahl, als sich über die Verfassung hinwegzusetzen".

Flor entwirft daher ein Zukunftsbild, wie er sich die Entfaltung des Notstandsrechts in einem besseren Grundgesetz denkt. Er sagt:

"Die für den Staatsnotstand zu gewährende Vollmacht wird eine Vereinigung aller vollziehenden Gewalt in Bund und Ländern einschliesslich des Rechts zum Einsatz der Bundeswehr nach innen zulassen müssen; denn wenn es um den Bestand des Ganzen geht, darf es kein Nebeneinander verschiedener Machtträger geben.

..... Die Diktatur ist nun einmal die besondere Form der Staatsführung, die aus dem Staatsnotstand entspringt - Staatsnotstand

und Diktatur gehören untrennbar zusammen."

Feinsinnig bemerkt Flor hierzu, dass man staatsrechtliches Denken nicht durch rechtsstaatliches Denken ersetzen dürfe. Er findet Trost in der Geschichte:

"Im alten Rom hat sich die verfassungsmässige Diktatur durch Jahrhunderte hindurch als ein Bollwerk der Ordnung erwiesen und zu keiner Usurpation der Macht geführt."

Der Geschichtsunterricht des Regierungsrats Flor muss ziemlich mangelhaft gewesen sein.

Flor fordert für den Träger der Ausnahmegewalt ein Notverordnungsrecht, das die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder umfasst. Im Bereich der Rechtsprechung sei Vorsorge zu treffen, dass der sofortige Vollzug der notwendigen Massnahmen nicht durch Rechtsmittel gehemmt werden dürfe. Selbstverständlich könne für die Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht in der Krise kein Raum bleiben. In Flors Augen

"kann allein der Bundeskanzler dazu berufen sein, in der Krise in die Rolle des kommissarischen Diktators hineinzuwachsen."

Mit einem Bismarck-Zitat hat Dr. Heinemann kürzlich gesagt, Politik sei das Studium von Pferdefüssen. Hier bekommen wir das wahre Prachtexemplar eines Pferdefusses zu sehen, wenn Flor sich die Zukunft so ausmalt, dass ein Einsatz der Bundeswehr nach innen

"auch bei Streiks in lebenswichtigen Wirtschaftszweigen" ermöglicht werden müsse, falls dadurch eine existenzbedrohende Gefahr entsteht.

Durch solche Spekulationen wird eine gewissenhafte Erörterung der ernstesten Frage nach der Erforderlichkeit eines Notstandsrechts vergiftet oder von vornherein unmöglich gemacht. Immerhin verdient diese Stimme aus dem Bundesministerium für Verteidigung grösste Aufmerksamkeit. Solchen Leuten sollte man nicht einmal eine Zündplättchen-Pistole in die Hand geben. Sonst können wir uns noch auf allerhand gefasst machen.

+ + +

Eine vergessene Einladung

ler. Seit fast zwei Jahren liegt eine offizielle Einladung des Präsidenten des Unionsrates und des Präsidenten des Nationalitätenrates des Obersten Sowjets der Sowjetunion an den Bundestag und Bundesrat vor, eine Delegation nach Moskau zu entsenden. Ein Moskauer Widerruf dieser Einladung ist nicht erfolgt, sie gilt heute noch. Was hindert den Bundestag daran, ihr nun, wenn auch reichlich verspätet, zu folgen?

Damals hat es mächtige Widerstände gegen die Annahme der Einladung innerhalb der CDU-Fraktion gegeben, im Gegensatz zu den anderen Parteien, die von der Nützlichkeit eines solchen Besuches überzeugt waren und sind. Die der CDU nahestehende "Politisch-soziale Korrespondenz" sah in einer Annahme der Parlamentarier-Einladung ein Risiko, weil auch die Völker der freien Welt "sie als einen neuen Schritt auf dem Wege der innerdeutschen Aufweichung, das heisst der Ankehr vom Westen ansehen würden". Inzwischen haben viele Parlamentsdelegationen aus vielen westlichen Ländern die Sowjetunion besucht, ohne als bolschewistische Sendepostel zurückzukehren. Dieselbe Standfestigkeit ist wohl auch von den deutschen Abgeordneten zu erwarten.

Was ein Notenwechsel nicht zu geben vermag, vermittelt das unmittelbar geführte Gespräch. Kein Vertrag verbietet uns die Suche nach freundschaftlichen Kontakten mit allen Völkern und auf allen Ebenen. Unser Bild von der sowjetischen Wirklichkeit wird von vielen Tabus, wenn nicht von bewusst gewollten und gepflegten Missverständnissen beherrscht, die unseren Blick trüben. Das gilt natürlich auch für die andere Seite. Es wird dann geradezu als eine Sensation empfunden, wenn vorgefasste Meinungen mit den Realitäten nicht mehr korrespondieren und man zur grossen eigenen Erleichterung erkennt, dass man mit den anderen auch sprechen und vernünftig verhandeln kann, wie der Abschluss des dieser Tage paraphierten westdeutsch-sowjetischen Handelsabkommens und die Erklärungen zur Repatriierungsfrage zeigen. Gerade dieser erfolgreiche und von beiden Seiten mit Befriedigung aufgenommene Abschluss schwierigster Verhandlungen müsste die früher bestehenden Hemmungen gegen die Annahme der Moskauer Einladung hinwegfegen.

Gewiss wird eine westdeutsche Parlamentarierdelegation in der Sowjetunion keine Wunderdinge vollbringen können. Auch steht es ihr nicht zu, diplomatische Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu führen. Das wäre nicht ihre Aufgabe. Aber schon die direkte Information und die Begegnungen mit den führenden Männern der Sowjetunion wäre ein grosser Gewinn, könnte zur Verbesserung des Klimas beitragen. Der CDU-Abgeordnete Kiesinger, der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses, der den Bundeskanzler bei seiner Moskareise begleitete, formulierte im Rundfunk nach seiner Rückkehr seine Eindrücke so:

"Für mich ist es sehr viel interessanter geworden, seitdem ich die führenden Männer der Sowjetunion kenne. Und ich halte es für eine gute Sache, dass man persönlich Kontakt gewonnen hat. Schon in Moskau war es doch dann und wann möglich, ein Gespräch zu führen, bei dem man das Gefühl hatte, der andere hört das, was man dann sagte, nicht einfach als Propaganda. Er hörte hin - so, wie wir unsererseits auch hingehört haben."

Nichts sollte den Bundestag daran hindern, die Erkenntnisse Kiesingers einer nach Moskau zu entsendenden Bundestagsdelegation zugänglich zu machen. Dass diese Abordnung sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzen müsste, versteht sich von selbst.

11. April 1958

Rußland bildet jährlich 200 000 Ingenieure aus

H.M. Es wäre gewiß nicht ratsam, alle von Nikita Chruschtschow in munterer Rede ausgeplauderten Mitteilungen für bare Münze zu nehmen. Aber nicht weniger fatal wäre die Annahme, daß die Äußerungen des russischen Staatsmannes nur primitive Nachahmungen der potemkinschen Verdrehungskünste auf dem Gebiete der Rhetorik seien. Der Westen hat das jahrelang geglaubt und wurde durch die Fortschritte der russischen Flug- und Raumfahrttechnik eines Besseren belehrt. Etwas unverständlich ist daher die überhebliche Reaktion der westlichen Welt auf die Behauptung Chruschtschows, daß die USA hinsichtlich der Ausbildung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses gegenüber der UdSSR ins Hintertreffen geraten sei und nur schwerlich den russischen Vorsprung in absehbarer Zeit wieder einholen könne. Wer sich der Kühnheit unterzieht, die einschlägigen Statistiken zu vergleichen, der wird sich alsbald des Ernstes dieser Situation voll bewußt.

Vielleicht können auch einige Zahlen, die dem Bericht einer englischen Studiengruppe ("Engineering Education in the Soviet Union", 1957) entnommen sind, dazu beitragen, den Hochmut des Westens zu dämpfen und seinen Blick für die Realitäten zu schärfen. Nach dem erwähnten Dokument betrug die Zahl der an russischen Technischen Hochschulen eingeschriebenen Studenten 1956 174.400, darunter etwa 74 000 sogenannter Abendstudenten. Zu diesen Hochschulbesuchern kommen weitere 989 000 Absolventen technischer Fachschulen, die in zweieinhalbjährigem Studium ausgebildet werden. Das sind in ihrer Gesamtheit fast 1,2 Millionen Nachwuchskräfte, die die technischen Ausbildungsstätten besuchen. 1956 haben 71 200 von ihnen das Hochschulexamen und 141 700 die Fachschulprüfung bestanden. Ihre Zahl soll demnächst verdoppelt werden, obwohl jetzt schon alljährlich etwa 200 000 Ingenieure die russischen Schulen verlassen.

Die Zahl der Studienanwärter steigt ständig an. Gegenwärtig entfallen auf jeden Studienplatz 3,6 Bewerber, von denen die Hälfte Frauen sind. Diesem Andrang will die sowjetische Regierung durch weiteren Ausbau der Lehrstätten Rechnung tragen. Heute verfügt die UdSSR über 33 Universitäten, die nur Naturwissenschaftler ausbilden, 179 Technischen Hochschulen, 138 Institute mit Hochschulcharakter, 22 Institute für Fernausbildung, 20 Abendhochschulen und rund 4000 Technika, die unseren technischen Fachschulen vergleichbar sind. Dozentenmangel ist in der UdSSR unbekannt. Das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Hochschülern

schwankt zwischen 1:8 und 1:12 und ist damit weitaus günstiger als in den meisten westlichen Ländern, von der Bundesrepublik gänzlich zu schweigen. Daneben werden den Studierenden Vergünstigungen eingeräumt, die man im Bereich des "kapitalistischen Fortschritts" oft vergeblich sucht. Das Studium wird mit Staatsmitteln finanziert, der Diplom-Ingenieur ist vom Wehrdienst befreit und er kann außerdem mit einer Besoldung rechnen, die zur zweithöchsten im Staate zählt.

Angesichts dieser Entwicklung ist der Schluß naheliegend, daß die Ingenieurausbildung nicht nur auf die inländischen Arbeitsmöglichkeiten zugeschnitten ist, sondern daß sich die UdSSR darauf einstellt, in grossem Umfange technische Fachkräfte zur Beratung und Unterstützung in unterentwickelte Länder zu entsenden. Es ist daher möglich, daß die Sowjet-Union auch im Hörsaal eine weitere Schlacht des "Kalten Krieges" gewinnen wird, nachdem ihre eigene Technik bereits wirksame Zeugnisse ihrer qualitativen Ausstattung geliefert hat. Vielleicht dürfte dies ein Anreiz für den Westen sein, sich durch vordergründige Mobilisierung seiner geistigen Kräfte in den friedlichen Wettbewerb um die technische Eroberung der Welt einzuschalten. Das wäre jedenfalls besser als die gegenwärtigen Anstrengungen um die Erringung des nur-militärischen Übergewichtes.

+ + +

Friedrich Sieburgs schlechte Sache

sp - Die außen- und innenpolitische Stürme, die in diesen Wochen unser junges demokratisches Staatswesen durchtobten, lassen kein "neutrales" Beiseitestehen mehr zu. Jeder Bundesbürger wird zur Stellungnahme gezwungen, die er, je tiefer er durch die mit menschlichen Maßen kaum noch zu messende Größe und Schwere des Atomrüstungs-Problems angerührt wird, desto nachdrücklicher, leidenschaftlicher und erbitterter vertreten und verfechten wird.

Diese plötzliche innere und äußere Unruhe hat ihre guten, sie hat natürlich auch ihre Schattenseiten. Aber Demokratie ist Diskussion, und in unserer nüchternen, rauhen und harten Zeit wird rau und hart diskutiert. Daß dabei manche Töne schrill und überspitzt klingen und daß manche Leute mitschreien, die sonst nicht zu hören sind und besser auch nicht zu hören wären, wen wundert das? So schwach und gebrechlich ist auch unsere junge Demokratie nicht mehr, daß sie solcher Erscheinungen nicht Herr würde. Wäre es wirklich anders: Könnte dieses von den unbewältigten Ruinen des totalen Zusammenbruchs und von den keineswegs fest fundierten Hochhäusern des anfälligen "Wirtschaftswunders" begrenzte Teilstaatswesen die gigantischen Lasten der Atomrüstung ertragen, die ihm die Adenauer-Strauß-Regierung aufzwingt - ertragen, ohne zu zerbrechen?!

Friedrich Sieburg, politischer Journalist und Schriftsteller von Aachen, hat diese, an sich logischerweise unvermeidbare Frage nicht einmal gestellt, als er in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" den Versuch unternahm, das quer durch die ganze Bevölkerung gehende Aufbegehren gegen die Atomrüstungspolitik der Adenauer und Strauß mit Argumenten zurechtzuweisen, die in der Toga einer mißverstandenen Staatsräson einherstolzieren und im Grunde auf die banale Formel von der Ruhe als der ersten Bürgerpflicht zusammengestricken werden können.

Friedrich Sieburg hat für sich ebenfalls Stellung bezogen: Er steht auf der Seite Adenauers und der atomrüstenden Politik der Stärke, weil er die Selbstbehauptung nicht auf konventionelle Waffen beschränkt sehen möchte. Warum das so sein soll, darüber gibt er keine Auskunft. Aber die Bundesbürger, die anderer Meinung sind und die von ihnen als falsch und verhängnisvoll abgelehnte Atomrüstungspolitik des Kanzlers bekämpfen, die stellt Sieburg unter völliger Preisgabe der ihm wohlankommenden Ecleranz an den Pranger. In primitiver Bausch-und-Bogen-Verurteilung wird den Adenauer-Gegnern ein "neuer Pazifismus und Radikalismus" in die Schuhe geschoben, der nach Sieburg in der These gipfeln soll, daß "die Bemühungen des Staates, an seiner eignen Verteidigung mitzuwirken, an sich schon frevelhaft seien". Diese Simplifizierung der Politik, die vor der Einebnung der eigenen Gedanken nicht haltmacht, verführt Sieburg schließlich sogar zu der beispiellosen Platitude in Frage und Antwort: "Ist jemand für den Atortod? Niemand will gern verbrennen".

Friedrich Sieburg geht aber tatsächlich noch einen Schritt weiter. Nicht nur Radikalismus und Pazifismus und Verneinung der Verteidigungsbereitschaft wirft er den Adenauer-Gegnern vor. Er fragt: "Oder ist etwas anderes gemeint? Soll dieses Volk aufgefordert werden, sein bischen Staatsgefühl über Bord zu werfen und an der Aushöhlung seines eigenen Staatswesens mitzuwirken?"

Mit dieser an Unfairneß und Börsartigkeit kaum noch zu überbietenden Frage hat sich Friedrich Sieburg selbst in die Front des "Rheinischen Merkurs" gestellt. Er wird es sich gefallen lassen müssen, daß er darnach gemessen und bewertet wird. Die Sache, die er so vertritt, muß an sich schlecht sein. Ein Grund mehr für uns, sie um der Sicherheit und des Lebens unseres Volkes willen mit allen notwendigen Mitteln zu bekämpfen.

11. April 1958

Eine nationale Schande

H.K. - Das Herz galt immer als Symbol des Lebens, gleichzeitig als letzte, chirurgisch uneinnehmbare Festung. Unsere Chirurgen haben dieses Tabu beseitigt, Herzoperationen sind heute möglich. Das "Deutsche Fernsehen" hat dieser Tage seinen Zuschauern Ausschnitte aus einer Herzoperation in einem erregenden Filmstreifen gezeigt. Erregend aus mancherlei Gründen.

Unter dem Messer lag ein kleines Mädchen. Ein Kind unter den mehr als 30 000 herzkranken Kindern in der Bundesrepublik, ein Kind, das bei seiner schweren Krankheit das Glück hat, operiert werden zu können, weil der operative Eingriff nämlich in weniger als sieben Minuten beendet werden konnte. Der unterkühlte Körper gestattet nicht, daß die Herzfunktion länger als sieben Minuten ausgeschaltet wird. Dieses "Glück" haben aber die etwa 30 000 herzkranken Kleinen nicht. Die Öffnung ihres Herzens und der operative Eingriff dauern länger - eine Stunde vielleicht. 30 000 schwerkranke Kinder müssen also weiter ihren Altersgenossen beim Spielen zusehen, schwach und kraftlos bleiben, das Bett hüten, 30 000 Eltern müssen weiterhin in ständiger Sorge leben, Kinder zu haben, die nicht zur fröhlich und unbeschwert tobenden Kinderschar gehören.

Sie müßten es nicht, wenn...! Die Amerikaner haben eine Herz - Lungen - Maschine konstruiert. Diese Maschine ersetzt für etwa drei Stunden das pumpende Herz und treibt das Blut durch ein Kunststoffrohrsystem und eine Art von künstlicher Lunge. Eine atemberaubende Angelegenheit. Auch schwierigste und längere Operationen sind durch diese Konstruktion heute möglich.

Aber nicht für die 30 000 schwerkranken Kinder in der Bundesrepublik; denn hierzulande gibt es keine Herz - Lungen - Maschine. Nicht etwa deshalb, weil die Amerikaner diese Erfindung geheimhielten oder ihr Einsatz von der Zustimmung des Präsidenten abhinge -. Vielmehr darum, weil dieses segenbringende Hilfsinstrument für den Chirurgen 150 000 DM kostet und das zu viel Geld ist.

Als wir das vor dem Fernsehschirm sahen und hörten, waren wir empört. Mit uns sicher alle, die es sahen und hören mußten. Kein Geld für die Rettung von 30 000 schwerkranken Kindern! Was ist das für ein Staat, der Milliarden und wieder Milliarden für den Rüstungswahnsinn ausgibt, dessen Kanzler Millionenspesen auf seinen Auslandsreisen macht, dessen Industrieverbände Millionen Propagandagelder zur Wiederwahl Adenauers springen lassen - der aber keine 160 000 DM aufbringen kann, um 30 000 schwerkranken Kindern und ihren Eltern zu helfen. Das ist eine nationale Schande!

Für eine Rakete werden 500 000 DM gezahlt, der neueste amerikanische Düsenjäger kostet 40 000 000 DM und die Maschinen, die vom Bundesverteidigungsministerium gekauft werden sollen, sind nicht viel billiger. Für eine Rakete allein könnten drei Herz - Lungen - Maschinen gekauft werden - und damit würde den 30 000 herzkranken Kindern geholfen werden können.

Nichts dergleichen! Die deutschen Chirurgen vielmehr müssen Betteln gehen, vor der Fernsehkamera und anderswo. Sie tun es der Kranken wegen und sie brauchen sich dieser Bettelei nicht zu schämen. Unsere Rüstungsfanatiker haben das Schämen verlernt. Sie sehen auch nicht mehr das Leid der kranken Kinder und die Sorgen ihrer Eltern, sie sehen nur noch Raketen und Düsenjäger und atomare Teufelbomben. Dafür haben sie Geld - unser Geld - und sie geben es bedenkenlos aus. Wir haben ein Recht angesichts dieser nationalen Schande zu fordern, daß diese Herz - Lungen - Maschinen nicht durch eine Spendensammlung aufgebracht, sondern aus öffentlichen Mitteln gekauft werden. Und zwar sofort!

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler